

Interview

„Es wird immer noch weggeschaut“

Monika Hauser, Gründerin der Frauenrechtsorganisation Medica Mondiale, zum Kampf gegen sexualisierte Gewalt

RAVENSBURG - Die Strafverfolgung nach Fällen von sexualisierter Gewalt läuft nach Ansicht von Monika Hauser viel zu schleppend. „Es kann nicht sein, dass in Deutschland weniger als zehn Prozent der wegen Vergewaltigung angezeigten Männer auch verurteilt werden“, kritisiert die Ärztin und Gründerin des Vereins Medica Mondiale. Das Thema werde noch immer bagatellisiert. Um einen Wandel zu erreichen, dürfe es für sexualisierte Gewalt keine Toleranz geben – und das fange bei sexistischen Witzen an, sagt Monika Hauser im Gespräch mit Claudia Kling.

Frau Hauser, Sie unterstützen seit mehr als einem Vierteljahrhundert Frauen, die sexualisierte Gewalt überlebt haben. Ihr Verein Medica Mondiale geht auf den Jugoslawienkrieg in den 1990er-Jahren zurück. Hätten Sie damals gedacht, dass dieses Thema auch im Jahr 2019 noch so aktuell sein wird?
Mir war schon sehr früh klar, auch schon vor meiner Zeit in Bosnien, wie stark Gewalt gegen Frauen verbreitet ist und wie hartnäckig dieses Thema verschleiert und bagatellisiert wird. Das gilt auch in unseren sogenannten Friedensgesellschaften – in Südtirol, wo ich meine Großeltern besucht habe, in der Schweiz, wo ich aufgewachsen bin und in Deutschland, wo ich meine erste Assistentinnenstelle als Frauenärztin bekommen habe. Damals hat sich mir schon gezeigt, wie viele gesellschaftliche Widerstände es gegen dieses Thema gibt und dass meine Arbeit für Frauenrechte ein langer Kampf sein wird.

In allen Konflikten dieser Erde – ob in Myanmar, im Kongo, im Südsudan, in Syrien, im Irak – scheint es eher die Regel als die Ausnahme zu sein, dass Frauen vergewaltigt werden. Ist dieses Verbrechen nach wie vor zu wenig geächtet?
Ja, das ist ein großes Problem. Wir haben wunderbare Resolutionen und Konventionen, aber es fehlt der politische Wille, die Inhalte umzusetzen. An den gesellschaftlichen Strukturen hat sich kaum etwas verändert. Sexualisierte Gewalt ist eines der Hauptsymptome aller patriarchalen Gesellschaften – erst recht in Kriegsgebieten. Wenn Männer eine Waffe in der Hand haben, denken sie noch mehr, sie könnten sich nehmen, was

sie wollen. Wenn Normen und Strukturen zusammenbrechen, steigt auch die Zahl der Vergewaltigungen. Das war auch nach dem Tsunami 2004 so. Deutschland will während seiner zweijährigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat das Thema ganz nach vorne bringen. Ich hoffe auf gute Zusammenarbeit – und nicht nur auf Lippenbekenntnisse.

Was sind das für gesellschaftliche Strukturen, die sich ändern müssten?

Es muss jedem klar sein, dass es bei sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen keinen Toleranzraum gibt. Das fängt bei sexistischen Witzen an, geht bei der schwer zu ertragenden Werbung mit halbnackten Frauen weiter bis hin zu tätlichen Übergriffen. Damit wird die Botschaft verbreitet, der weibliche Körper sei frei verfügbar – und die prägt sich Mädchen und auch Jungs ein. Solange sich das nicht grundlegend verändert, verändern sich auch die Machtverhältnisse nicht. Das ist eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Sie haben in vielen Ländern Zufluchtsorte für Frauen aufgebaut. Können Frauen, die so viel Leid erfahren haben, ins Leben zurückzufinden?

Natürlich können sie das. Es hängt aber sehr von den jeweiligen Umständen ab. Generell wird bei sexualisierter Gewalt die Identität einer Person massiv infrage gestellt, weil der Täter über ihre körperlichen und seelischen Grenzen hinausging. Für manche Frauen bedeutet Vergewaltigung: „lebenslanglich“. Das versperrt vielen den Weg zurück in ein Leben, wie es vorher war. Deshalb ist es so wichtig, diese Frauen psychosozial zu unterstützen, damit sie die traumatischen Erfahrungen irgendwann bewältigen können. Die Vergewaltiger hingegen haben ihre Tat oft schon am Tag danach wieder vergessen.

Wie ist die Situation hierzulande? Ist Deutschland eine Insel der Seligen, wenn es um die Rechte von Frauen geht?

Nein, natürlich ist Gewalt gegen Frauen und Mädchen auch hierzulande ein Thema. Jede zweite bis dritte Frau in Europa hat sexualisierte Gewalterfahrungen gemacht, das ist in Deutschland nicht anders. Die



Die Ärztin Monika Hauser hilft Frauen, die sexualisierte Gewalt erlebt haben. Dafür erhielt sie 2008 den Alternativen Nobelpreis. Am kommenden Donnerstag spricht sie in Ravensburg. FOTO: HENRIK NIELSEN/MEDICA MONDIALE

Frauenhäuser, auch in Ravensburg, sind voll. Auch dort mussten die Frauen wegen Überfüllung schon auf andere Einrichtungen verteilt werden. Das ist die Realität. Aber es wird immer noch weggeschaut und das Leid nicht gesehen – das Leid der Frauen, ihrer Kinder, der Familie und der ganzen Gesellschaft.

Wie nehmen Sie die Debatten um Vorfälle wie die Gruppenvergewaltigung in Freiburg wahr, wo die Täter Flüchtlinge waren?

Das empfinde ich als Scheindebatte, um das Problem Gewalt gegen Frau-

en den Fremden, Geflüchteten und schwarzen Männern zuzuschreiben. Die häusliche Gewalt in Deutschland von deutschen Männern an deutschen Frauen soll dadurch verschleiert werden. Schauen Sie sich doch die Studie des Frauenministeriums zu häuslicher Gewalt an. Die Zahlen sind gigantisch: Jeden dritten Tag wird eine Frau von ihrem Partner getötet. Das spricht eine ganz klare Sprache. Wenn dieses Problem nun auf Flüchtlinge oder Ausländer fokussiert wird, bringt es uns überhaupt nicht weiter. Das fördert nur rechtes Gedankengut.

Seit zehn Jahren wird Vergewaltigung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und als Kriegsverbrechen anerkannt. Ist es dadurch leichter geworden, die Täter zu bestrafen?

Dass Vergewaltigung ganz klar als Kriegsverbrechen und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert wurde, ist ein Fortschritt. Dennoch sind wir in puncto Strafverfolgung nicht viel weitergekommen – weder in den Friedensgesellschaften noch im Kriegskontext. Das finde ich sehr frustrierend. Vom Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien wurde beispielsweise nur eine Handvoll Täter explizit wegen Vergewaltigungen verurteilt. Dass bislang so empörend wenige Täter wegen dieser Verbrechen verurteilt wurden, liegt aber nicht daran, dass die Frauen nicht aussagen wollten – gerade die bosnischen Überlebenden wollten, dass die Welt erfährt, was ihnen widerfahren ist. Die Justizsysteme sind nicht dafür aufgestellt. Die Frauen, die als Zeuginnen aussagen, werden oft nicht psychologisch betreut, sie werden nicht in ihren Rechten als Nebenklägerinnen unterstützt, die Dolmetscher sind oft männlich – und dann wird auch noch der Straftatbestand der Vergewaltigung aus den Prozessen herausgenommen. Das heißt, ihr Leid wird bis heute nicht anerkannt.

Was schützt Frauen am besten vor Gewalttaten? Selbstverteidigung, Erziehung oder harte Strafen für die Täter?

Der Schutz vor diesen Gewalttaten fängt tatsächlich im Kopf an. Wir müssen unsere Kinder, Mädchen und Jungen, gleichberechtigt erziehen, sie stark machen und ihnen Grenzen vermitteln. Das gelingt am besten, indem wir sie respektvoll erziehen. Wenn das glückt, ist schon viel gewonnen. Aber auch die Straflosigkeit bleibt ein Thema. Es kann nicht sein, dass in Deutschland weniger als zehn Prozent der wegen Vergewaltigung angezeigten Männer auch verurteilt werden. Da ist noch viel zu tun.

Am Donnerstag, 7. Februar, spricht Monika Hauser im Schwörssaal in Ravensburg über ihre Arbeit mit kriegstraumatisierten Frauen. Beginn ist 19 Uhr.

Migranten verlassen in Catania die „Sea-Watch 3“

CATANIA (AFP/epd) - Nach fast zwei Wochen im Mittelmeer hat das Rettungsschiff „Sea-Watch 3“ mit Migranten an Bord in Catania angelegt. Das Schiff der deutschen Hilfsorganisation Sea-Watch lief am Donnerstag im Hafen der sizilianischen Stadt ein, nachdem Italien sich mit sechs EU-Staaten auf die Aufnahme der Migranten geeinigt hatte.

Die „Sea-Watch 3“ hatte die Flüchtlinge am 19. Januar vor der libyschen Küste aufgenommen. Die Regierung in Rom hatte dem Schiff zunächst aber die Einfahrt in einen italienischen Hafen verweigert.

Unterdessen unterstützt die Erzdiözese München-Freising die Regensburger Seenot-Rettungsorganisation „Sea-Eye“ mit einer Spende von 50 000 Euro. Damit sei der nächste Einsatz gesichert, teilte „Sea-Eye“ am Donnerstag mit. Die Erzdiözese habe damit auf einen Hilferuf der Rettungsorganisation reagiert.

Kurz berichtet

Strengere Lobby-Regeln für Europaabgeordnete

BRÜSSEL (dpa) - Das Europaparlament hat sich selbst strengere Regeln für den Umgang mit Lobbyisten auferlegt. Künftig legt es offen, welche Interessenvertreter Einfluss auf die Entstehung neuer Gesetze nehmen. Die Abgeordneten stimmten am Donnerstag für eine entsprechende Änderung der Parlamentsordnung. Die neuen Transparenzregeln sehen vor, dass alle Ausschussvorsitzenden und die sogenannten Berichterstatter in Gesetzgebungsverfahren auflisten, welche Lobbyisten sie für ihre Arbeit treffen. Bislang waren diese Angaben freiwillig.

EU-Parlament erkennt Guaidó als Präsident Venezuelas an

BRÜSSEL (AFP) - Das Europaparlament hat angesichts des Machtkampfs in Venezuela den selbsternannten Übergangspräsidenten Juan Guaidó anerkannt. Die EU-Abgeordneten stimmten am Donnerstag mit großer Mehrheit für eine entsprechende Entschließung. Sie forderten die EU-Staaten auf, ihrerseits Guaidó anzuerkennen und eine „geschlossene und einheitliche Position“ einzunehmen. Guaidó verstärkte unterdessen seine Bemühungen, das Militär auf seine Seite zu ziehen, das dem Linksnationalisten Nicolás Maduro die Treue hält.

Syrische Kinder an Unterkühlung gestorben

BEIRUT (AFP) - Zahlreiche Kinder sind auf der Flucht vor Kämpfen mit der Dschihadistenmiliz „Islamischer Staat“ (IS) in der Winterkälte im Osten Syriens gestorben. In den vergangenen acht Wochen seien mindestens 29 Kinder und Neugeborene auf dem Weg in das Lager Al-Hol oder kurz nach ihrer Ankunft zu Tode gekommen, zumeist an Unterkühlung, erklärte die Weltgesundheitsorganisation am Donnerstag und warnte, die humanitäre Situation in dem Flüchtlingslager verschlechtere sich ständig. Im Osten Syriens rücken die Syrischen Demokratischen Kräfte mit Unterstützung der von den USA geführten Anti-IS-Koalition gegen die letzten verbliebenen IS-Gebiete vor.

Holocaustleugner Williamson scheitert in Straßburg

STRASSBURG (KNA) - Der britische Holocaustleugner und illegal gewählte Traditionalistenbischof Richard Williamson ist vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gescheitert. Die Straßburger Richter wiesen am Donnerstag seine Klage gegen Deutschland ab. Williamson sah sein Recht auf Meinungsfreiheit verletzt, weil ihn deutsche Gerichte wegen Volksverhetzung verurteilt hatten, nachdem er in einem Fernsehinterview 2008 den Holocaust verharmlost und die Existenz von Gaskammern in NS-Vernichtungslagern geleugnet hatte.

Saul Friedländers Schicksal rührt Schülerin zu Tränen

Holocaust-Überlebender sieht Deutschland heute als starkes Bollwerk für die Demokratie – Gedenkstunde im Bundestag

Von Helena Golz

BERLIN - Paula Meister ist den Tränen nahe, als sie Saul Friedländer im Bundestag sprechen hört. Die 18-Jährige aus Leipzig sitzt im Saal, als der 86-jährige Historiker bei der Holocaust-Gedenkstunde im Bundestag am Donnerstagmorgen von seinem Schicksal berichtet.

Der 1932 als Sohn einer jüdischen Familie in Prag geborene Friedländer überlebte die Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten, weil seine Eltern ihn in einem katholischen Internat versteckten, während sie selbst verhaftet und 1942 in Auschwitz ermordet wurden.

Neun Jahre alt war er, als er seine Eltern zum letzten Mal sah. In die Stille des Plenarsaals hinein erzählt Friedländer, wie er aus dem Internat floh, um wieder bei ihnen zu sein, wie er sich „mit Händen und Füßen“ wehrte, als man ihn zurückbrachte. Seine Eltern seien im Transport Nummer 40 nach Auschwitz gebracht worden. „Ich frage mich noch heute, ob sie auf der dreitägigen Fahrt zusammen waren, was sie sich gesagt haben mochten.“

Friedländers Vater sei gleich bei der Ankunft in Auschwitz vergast worden, „meine Mutter wurde wahrscheinlich zunächst für die Sklavenarbeit eingeteilt“, sagt Friedländer und seine Stimme wirkt brüchig.

„Da wird einem diese Zeit sehr bewusst“, sagt Paula Meister. Sie ist eine von 80 Jugendlichen, die an dem Programm „Jugendbegegnung“ des Bundestags teilnehmen und sich die gan-

ze Woche lang mit den Schicksalen von Kindern und Jugendlichen in der Zeit des Nationalsozialismus befassen: Mit Geschichten wie der von Saul Friedländer. Und mit denen von anderen Kindern, die nicht gerettet werden konnten. Jedes vierte Opfer der Nationalsozialisten war ein Kind. 1,5 Millionen waren es insgesamt.

Dass sich Jugendliche, wie Paula Meister, über die Geschichte infor-

mieren und darüber miteinander sprechen, wird seltener. Im November erst hatte eine CNN-Studie ergeben, dass viele junge Deutsche nichts oder nur wenig über den Holocaust wissen. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sagt: „Gerade für uns Deutsche gilt: Die Geschichte ist nicht loszulösen von ihrem historischen Ort, zumal schon heute bei jungen Menschen das Wissen darüber

schwindet.“ Erinnerungskultur gehöre mit zu den staatlichen Aufgaben. „Wer daran rüttelt, legt Hand an die Grundfesten dieser Republik.“

In den Schulen wird die Geschichte zwar gelehrt, aber es sind auch Schüler, die heutzutage ihre jüdischen Mitschüler mobben oder Hitler loben. „Es beschämt uns“, sagt Schäuble, „dass Juden wieder mit dem Gedanken spielen auszuwan-

Kommentar

Von Helena Golz

Austausch gegen das Vergessen

Es gibt nur noch wenige wie Saul Friedländer. Menschen, die aus eigener Erfahrung erzählen können, wie sie den Nationalsozialismus erlebt haben, welche schrecklichen Erinnerungen sie mit sich tragen. Müssen wir uns deshalb Sorgen machen um unsere Erinnerungskultur? Ja, denn niemand kann so eindrücklich und kraftvoll schildern, wie es sich angefühlt haben muss, verfolgt zu werden, sich verstecken zu müssen oder die Gräueltaten in den Konzentrationslagern durchzustehen, als diejenigen, die es selbst erlebt haben. Schon jetzt nutzen manche die zunehmende zeitliche Distanz, um den Holo-



caust zu verharmlosen. Wie kann es sonst sein, dass ein Fraktionsvorsitzender des Bundestags heute sagen kann, dass die Nazis „nur ein Vogelschiss“ in 1000 Jahren deutscher Geschichte seien? Künftig haben wir keine Erinnerungskultur mehr aus erster Hand, deshalb müssen wir vorsorgen. Ein Antisemitismusbeauftragter der Bundesregierung ist ein erster Schritt. Geld für die Gedenkstätten und die Museen ein zweites. Aber am wichtigsten ist der Austausch über die Geschichte zwischen jungen Menschen in Israel, Deutschland und ganz Europa.

h.golz@schwaebische.de



Der Historiker Saul Friedländer berichtete im Bundestag, wie er seine Eltern zum letzten Mal sah – da war er neun Jahre alt. FOTO: DPA